

„Der Wähler weiß nicht, was er als Paket kauft“

Öffentliche Finanzen – Volkswirtschaftler der Universität Gießen hält die geplante Regelung für kaum hilfreich

Wolfgang Scherf, Jahrgang 1956, ist Professor für Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Öffentliche Finanzen an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Wir haben ihn über den Sinn und Unsinn einer hessischen Schuldenbremse befragt.



Wolfgang Scherf FOTO: PRIVAT

ECHO: Herr Professor Scherf, darf sich der Staat verschulden?

Wolfgang Scherf: Das kommt auf die gesamtwirtschaftliche Lage an. In einer Rezession muss der Staat Kredite aufnehmen, um wegbrechende Steuereinnahmen zu ersetzen, nötigenfalls auch, um zusätzlich Konjunkturprogramme zu finanzieren. Kredite, die der Staat in Krisenzeiten aufnimmt, sind „gute“ Schulden, denn sie erhöhen das Sozialprodukt und die Beschäftigung.

ECHO: Gibt es auch „schlechte“ Schulden?

Scherf: Nachteilig ist die Kreditaufnahme in einer Zeit der Vollbeschäftigung, das sogenannte strukturelle Defizit. Die Konsequenzen sind Preissteigerungen und eine Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer. Diese Stabilitäts- und verteilungspolitisch ungünstigen Effekte sollte man tunlichst vermeiden.

ECHO: Hessens Verbindlichkeiten sind auf 39 Milliarden Euro angewachsen. Kann die Schuldenbremse, die ab dem Jahr 2020 greifen soll, dafür sorgen,

dass der Schuldenberg nicht weiter anwächst?

Scherf: Im Grundsatz ist die Schuldenbremse eine gute Idee. Sie muss so gestaltet sein, dass neue strukturelle Schulden vermieden werden, aber sie darf dem Staat nicht die Möglichkeit verbauen, eine sachgerechte Konjunkturpolitik zu betreiben.

ECHO: Wie beurteilen sie die Regelung, die am 27. März zur Abstimmung steht?

Scherf: CDU, SPD, FDP und Grüne haben in ihrem Vorschlag meines Erachtens keine richtige Balance hergestellt. Der Spielraum für die Konjunkturpolitik ist zu eng bemessen. Das reicht vielleicht, um konjunkturbedingte Mindereinnahmen auszugleichen, doch für Investitionsprogramme in der Rezession wird es kaum noch reichen.

ECHO: Wären Konjunkturpakete dann nicht mehr erlaubt?

Scherf: Prinzipiell wären Konjunkturpakete noch möglich. Aber es ist künftig sehr schwierig, solche ökonomisch sinnvollen Programme politisch durchzusetzen. Denn die Regierungsmehrheit müsste sich auf eine „außergewöhnliche Notsituation“ berufen. Das wird die Opposition immer als politisches Vergehen interpretieren.

ECHO: Sind Sie für oder gegen die hessische Schuldenbremse?

Scherf: In der vorliegenden Form bin ich dagegen. Der Landtag hat vor allem versäumt, wichtige Aspekte durch ein Ausführungsgesetz zu konkretisieren. Der Wähler weiß nicht, was er als Paket kauft. Ich fürchte, dass allzu rigide Auflagen in die Ausführungsbestimmungen hineingeraten werden, so dass sich die Schuldenbremse noch zur Konjunkturbremse entwickeln kann.

ECHO: Kennen Sie Schuldenbegrenzungen, die ihrer Meinung nach gut konstruiert sind?

Scherf: Nein. Aber es gibt international ohnehin kaum durchgreifende gesetzliche Regelungen. Die wenigen Erfahrungen zeigen, dass eine rechtliche Bindung oftmals umgangen wird oder für die laufende Finanzpolitik wenig hilfreich ist.

ECHO: In den vergangenen 40 Jahren hat es aber noch keine Landesregierung geschafft, oh-

ne Kredite über die Runden zu kommen.

Scherf: Das trifft für die Vergangenheit weitgehend zu. Aber man darf langfristig nicht auf die absoluten Euro-Werte schauen. Die Verschuldung ist relativ unproblematisch, wenn der Anstieg der Staatsverschuldung und das Wachstum des Sozialprodukts sich einigermassen die Waage halten. Dann bleibt die Schuldenquote stabil.

ECHO: In diesem Jahr sind 1,9 Milliarden Euro neue Schulden eingeplant. Ist das vertretbar?

Scherf: Wir sind aus der Rezession in Folge der Weltwirtschaftskrise noch nicht endgültig heraus. Dem ist ein großer Teil der aktuellen hessischen Defizite zu verdanken. Diese kon-

junkturelle Schulden verschwinden auch wieder. So war es zum Beispiel im Aufschwung zwischen 2004 und 2007. Damals ist das Defizit in Deutschland von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesunken bis hin zu einem leichten Haushaltsüberschuss.

ECHO: Eine Rückzahlung der Schulden hat es damals aber auch nicht gegeben.

Scherf: Es kommt nur darauf an, dass wir mittelfristig nicht zu viele neue Schulden machen. Einen Abbau der aufgelaufenen Altschulden werden wir nicht schaffen. Das wäre auch ökonomischer Unfug. Wir könnten damit sogar unsere Volkswirtschaft ruinieren.

ECHO: Wie meinen Sie das?

Scherf: Wenn die Menschen sparen, muss es auch Kreditnehmer geben, die Unternehmen, ebenso den Staat. Wenn der Staat als Kreditnehmer ausfällt oder sogar zum Netto-Sparer wird, indem er seine Altschulden abbaut, müssen die Bürger ihre Ersparnisse anderweitig angelegen. Das wird aber nicht gelingen, und der Sparüberhang verursacht dann eine Rezession. Es wäre eine gesamtwirtschaftlich verantwortungslose Politik, die Staatsdefizite in zu kurzer Zeit und zu starkem Maße zurückzuführen, nur weil man einer selbst auferlegten Schuldenbremse gerecht werden will. *ben*



Der Stimmzettel, mit dem am 27. März über die Schuldenbremse entschieden wird. FOTO: LAND